

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: W. Eckardt
Verlagsnummer: 28 241
Telefon-Nr. 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Markstraße 38/40.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. 11. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 11palt. 30 mm br. Zeile 30 A. l. 20 mm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Nachdruck nur mit deutlicher Querschrift (Dresdner Nachr.) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13
Fernsprecher: 16262 Nähe Postplatz.
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

Erstklassige
Reise-Koffer
Schwank-Koffer
sämmtliche Reiseartikel
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

Flügel und Pianos
August Förster
Waisenhausstraße 8 - Fernsprecher 14072

Keine vorzeitige Regierungskrise.

Die Regierungsparteien des Rumpfkabinetts für unbehinderte Vollendung des Locarno-Vertrages. Eine Rundfunkrede Dr. Stresemanns. - Vertrauensvotum für Painlevé. - Zollautonomie für China.

Das Ergebnis der Parteiführerbesprechung.

Berlin, 3. Nov. Heute fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther und unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Stöcker, Dr. Stresemann eine Aussprache mit Vertretern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt. An der Aussprache nahmen teil von der Zentrumspartei die Abgeordneten Lehmann, Marx und Stegerwald, von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz, Dr. Curtius und Kempf, von der Bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Reich.

Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlagen für die endgültige Entscheidung über das Verbleiben von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurücktreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die Infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Deutschnationalen Partei, deren Verhalten um des deutschen Gesamtinteresses willen nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausschließen hat. Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Lagebericht in Bezug auf das Verbleiben von Locarno und seine Rückwirkungen den absehenden Vorkommnissen unterbreitet werden kann. (B.Z.)

Berlin, 3. Nov. Das Kommunique und der Verlauf der Beratung des Reichskanzlers mit den Parteiführern zeigt, daß alle Versuche der Linksoption, schon jetzt eine Regierungskrise und Neuwahlen mit der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Verträge von Locarno herbeizuführen, gescheitert sind. Diese Versuche haben bis jetzt weder bei der Deutschen Volkspartei noch bei der Bayerischen Volkspartei Gegenliebe gefunden. Der Reichskanzler hat heute durchgeklärt, daß ihm noch mindestens drei Wochen Zeit bleiben, um in Ruhe und Sachlichkeit die Frage zu klären, ob das Ergebnis der Verhandlungen über die Rückwirkungen der Verträge von Locarno auf die deutsche Republik sich so gestalten lassen, daß die Verträge von Locarno angenommen werden können. - Sollte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die am Freitag zusammentritt, den Beschluß fassen, mit Hilfe der Bestimmungen, wonach ein Drittel der Mitglieder des Reichstages die Einberufung des Reichstages durchsetzen kann, eine Regierungskrise im Reichstage herbeizuführen, so würde eine innerpolitische oder außenpolitische Debatte daran scheitern, daß schon im Falle der Vertreter der Mittel-

parteien und wohl auch die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei mit Mehrheit diesen Versuch der Sozialdemokraten zurückzuweisen würden. Es ist jetzt sicher, daß der Reichstag erst nach gewissenhafter Prüfung des Ergebnisses der Verhandlungen über die Rückwirkungen eine Vorlage über die Verträge von Locarno an den Reichstag gelangen läßt.

In der heute zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern getroffenen Entscheidung ist auch die Entscheidung über ein späteres innerpolitisches Maßnahmen, wie die Bildung einer Koalition der Mitte, noch nicht vorgenommen, so daß alle Möglichkeiten vorläufig offen bleiben.

Das Zentrum tritt morgen zu einer Fraktionsberatung im Reichstag zusammen, die die heutige Stellungnahme der beim Reichskanzler anwesenden Zentrumsabgeordneten näher billigen wird, obwohl vom Linkslager des Zentrums schon seit langem der Versuch gemacht wird, das Zentrum für einen Sturz des Kabinetts Luther und eine Koalition der Linken oder die Bildung der großen Koalition zu gewinnen.

Die deutschnationalen Fraktionsführung.

Berlin, 3. Nov. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat sich heute in ausgedehnter Sitzung mit den Vorbereitungen für den bevorstehenden Parteitag beschäftigt. In der Frage des Locarno-Vertrages hat sich an der grundsätzlichen Einstellung der Fraktion nichts geändert.

Die Demokraten zur Locarno-Krise.

Berlin, 3. November. Der Hauptvorstand der Deutschdemokratischen Partei war heute nachmittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten, wobei folgende Entschlüsse angenommen wurden:

- 1. Die Parteivorstände billigen die Haltung des Parteivorstandes zur Außen- und innenpolitischen Entwicklung und erklären sich nur mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die
- 2. sich für eine ehrliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten macht;
- 3. sich für eine ehrliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzt;
- 4. eine Innenpolitik gewährleistet, die der Festigung der Republik dient;
- 5. sich auf die Parteien stützt, die diese Außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen.

Ferner war heute der Vorstand der Zentrumsfraktion zusammengesessen, der sich in mehrfacher Sitzung mit den Vorbereitungen für die morgen anstehende Fraktionsberatung beschäftigte. Dabei kam erneut zum Ausdruck, daß eine Reichstagsauflösung nach der Meinung des Zentrums jetzt auf jeden Fall zu vermeiden sei.

Die Neugruppierung der Besatzungstruppen.

Die Unterbringung der englischen Truppen.

Mainz, 3. Nov. Von authentischer Seite wird dem Mainzer Generalstab mitgeteilt: Es ist endgültig bestimmt, daß die englische Infanterie, etwa 10 000 Mann, nach der Räumung Köln in das Gebiet des rechtsrheinischen Brückenkopfes Mainz, und zwar in die Kreise Wiesbaden, Stadt und Land, Alzein und Unter-Tannus, verlegt wird. In der Stadt Wiesbaden werden das englische Hauptquartier und der alte Generalstab untergebracht. Der Termin der Ueberführung ist noch nicht bestimmt. Die in dem von den Engländern zu besetzenden Gebiete untergebrachten französischen Regimenter und sonstigen Formationen werden voraussichtlich nach den Kreisen Kreuznach, Bingen und Mainz verlegt. Ein des Generalkommandos des 30. Armeekorps soll die Stadt Kreuznach werden. Wie weiter verfahren, sollen in dem von den französischen Truppen besetzten Rheintal die Stellen von 30 Kreidellegerien eingegeben werden. (B.Z.)

Die geringen Aussichten der Rückwirkungen.

London, 3. Nov. Die am Sonnabend vom Außenminister Stresemann in Dresden gehaltenen Rede wird von der englischen Presse mehr oder weniger ausführlich wiedergegeben. Hierbei erregt besonders die Aeußerung Stresemanns, Chamberlain wolle Deutschland die gesamte englische Flotte und die Landwehrrüstung zur Verfügung stellen, falls Frankreich die deutschen Grenzen überschreite, großes Interesse. „Daily Telegraph“ läßt sich aus Berlin berichten, viele diplomatische Beobachter rechnen mit einem baldigen Austritt des Reichskanzlers Dr. Luther und der Rückkehr Stresemanns auf den Posten des Reichskanzlers. Stresemann werde alsdann versuchen, ein Locarno-freundliches Kabinett zu bilden, und zwar durch Zusammenarbeit seiner Partei mit dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten. Es sei offensichtlich, daß die deutschen Minister es aus taktischen Gründen für ratsam hielten, einen gewissen Nachdruck auf die mündlichen Versprechungen der alliierten Minister zu legen, der vielleicht den Umständen nach gerechtfertigt sei. Die alliierten Minister, das müße man sich ins Gedächtnis zurückrufen, hätten es abgelehnt, Verpflichtungen irgendwelcher Art, die die Zukunft des Rheinlandes betreffen, auf Papier zu bringen. Diese Verpflichtungen seien nach ihrer Ansicht auf das engste mit dem Versailler Vertrag verbunden und nicht mit dem neuen Vork.

Deutscher Erfolg in der Entwaffnungsfrage?

Berlin, 3. Nov. Eine Berliner Anstaltskorrespondenz berichtet, daß die Interalliierte Ueberwachungskommission die Einwände zurückgewiesen habe, die im Zusammenhang mit den Abrüstungsfordernungen gegen die jetzige Organisation der Seereiseleitung erhoben worden waren. Nach dieser Korrespondenzmittlung würden also die gegen die Stellung des Generals v. Seeckt gerichteten Vorbringen gegenstandslos geworden sein.

Locarno im Spiegel der Innenpolitik.

Es war die höchste Zeit, daß das Rumpfkabinett Luther und die hinter ihm stehenden Parteien an den Versuch herantraten, wenigstens für die Zeit bis zur endgültigen Locarno-Entscheidung den in blinder Parteilichkeit geführten innerpolitischen Kampf so weit einzudämmen, daß er nicht vorzeitige Entschlüsse heizte, die die Freiheit der deutschen Entschlüsse gegenüber dem noch längst nicht fertigen Gesamtergebnis von Locarno verhindern. Was uns in allererster Linie nützt, ist Klarheit über den Wert und die Gefahren des Vertragswerkes, nicht zuletzt auch darüber, wie weit die Rückwirkungen gehen, die uns in Aussicht gestellt wurden. Denn darüber, daß es sich bei der Stellungnahme gegenüber Locarno um die einschneidendste Entscheidung über deutsches Schicksal handelt, sind sich Anhänger wie Gegner von Locarno klar. Niemals aber kann eine solche Entscheidung berartig einseitig von Parteiinteressen diktiert werden, wie es jetzt von einer struppelosen, rein innerpolitisch eingestellten Parteiführung mit den verwerflichsten Mitteln versucht wird. Das bezeichnendste Beispiel hierfür ist die Sozialdemokratie, die zwar schon heute dank ihrer politischen Heilsicherheit nicht mehr den leisesten Zweifel an der Notwendigkeit der Annahme des unferigen Locarno-Vertrages hat, die aber doch ihre Zustimmung im Reichstage verweigert, weil sie glaubt, durch etwaige Neuwahlen parteipolitische Geschäfte machen zu können. Nicht viel anders weite Zentrumskreise, die nicht die gleichen Hoffnungen auf Neuwahlen setzen, aber die Zeit für reif gehalten haben, das Haupt Luther zu fordern, um der so heißersehnten großen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialisten, die von Luther nichts wissen wollen, die Wege zu ebnen. Und das in einem Augenblick, in dem das Kabinett Luthers, dessen Name als erster unter allen Locarno-Verträgen steht, seine Hauptrolle darin spielt, durch diplomatische Aktionen das Verbleiben von Locarno erst so weit zum Abschluß zu bringen, daß eine endgültige Entscheidung überhaupt möglich wird. Daß das „Berliner Tageblatt“ im Verein mit seinen sozialistischen Freunden Neuwahlen fordert, kann nicht weiter wundernehmen; eine besonders feine Nuance erhält der politische Montagberuf des allseitig feindsinnigen Theodor Wolff nur dadurch, daß er von Dr. Luther verlangt, er solle sich im Wahlkampf entschließen an die Spitze der „Vertragspartei“ setzen. Dieses ganze widerliche parteipolitische Treiben läßt jede Sorge um eine erträgliche Gestaltung des Vertrages außer acht. Daß sich der Rest von Locarno in der Innenpolitik fortsetzt, also der Kampf um die Macht im Staate, ist das „selbstlose“ Ziel der Krisenmacher.

Die Außenpolitik aber droht dabei auf der Strecke zu bleiben, weil sich der Schlagstraf für oder gegen Locarno bereits zu einer Zeit erhebt, in der die Akten über Locarno noch längst nicht geschlossen sind, in der die wichtigsten und letzten Endes entscheidenden Fragen der Interpretation und der Rückwirkungen noch nicht geklärt sind. Leider muß man dabei allerdings auch die Beobachtung machen, daß die Reichsregierung heute schon durch diese Treibereien mehr und mehr auf dem Weg der Annahme von Locarno gedrängt wird, die Bedingungen „greifbarer“ Rückwirkungen aber in gleichem Maße in den Hintergrund zu treten scheinen. Und ob diese Entwicklung durch die Besprechung der Regierung mit den Koalitionsparteien wirklich gebremst werden kann, läßt sich um so weniger voraussagen, als auch die Auseinandersetzungen der Reichsregierung mit den Deutschnationalen Formen angenommen haben, die nicht nur diese Entwicklung begünstigen, sondern auch die Aussichten in der Frage der Rückwirkungen beeinträchtigen müssen. Der Unterschied zwischen der deutschnationalen Kritik und den innerpolitischen Machenschaften der Linken liegt auf der Hand. Nicht der Kampf um die politische Macht, sondern die leidlich nur zu berechtigten Bedenken gegen die Verträge selbst, gegen die neuen Fesseln, als die sich nach den Interpretationen der Gegenseite die Verträge darstellen, und die Sorge um die Wahrung der deutschen Lebensinteressen sind die treibenden Momente der deutschnationalen Kritik. Sie hätte darum sogar zu einer Stärkung der außenpolitischen Stellung Deutschlands in den Bemühungen um die Ausgestaltung des Vertrages von Locarno führen können, und sie hat auch die bedeutungsvolle Präzisierung des deutschen Standpunktes durch den Reichskanzler in dessen Offener Rede veranlaßt. In ihrer amtlichen Erklärung gegen die deutschnationalen Kritik aber hat die Reichsregierung einen Weg eingeschlagen, der unbedingt falsch ist. Ist es schon angebracht, der ausländischen